

Löb, Susanne
Ziebarth, Carsten

Kriminalpolizei
Gleichstellungsbeauftragte
Kreisjugendpfleger

Von der Verwaltung

Klooth, Kathrin
Alpert, Frank
Hermann, Jörg

Dezernentin
Abteilungsleiter
Dipl.-Psychologe der
Erziehungsberatungsstelle
Abteilungsleiterin

Weitzen, Petra

Protokollführer

Röttger, Roger

Als Gäste

Bollmeier, Regina

Bürgermeisterin der
Samtgemeinde Asse
Geschäftsführer ARGE
Wolfenbüttel

Nehring, Ulrich

Es fehlen:

Vor Eintritt in die Tagesordnung besuchen die Ausschussmitglieder das Jugendhaus in Remlingen. Der Ortsbürgermeister Herr Warnecke und die Samtgemeindebürgermeisterin Frau Bollmeier erläuterten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Nutzungs- und Finanzierungskonzept, das Angebote zur offenen Jugendarbeit vorhalte aber auch von örtlichen Vereinen und Verbänden, der Grundschule und von Gemeindegliedern privat z.B. für Kindergeburtstage genutzt werde.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.04.2008
4. Anfragen
 - 4.1. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)
 - 4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)
5. Hauptamtliche Jugendpfleger in der Samtgemeinde Asse

Bericht der Samtgemeindebürgermeisterin Frau Bollmeier

6. Aufsuchende Familienhilfe für junge Mütter und Familien durch den Einsatz von Familienhebammen.
Vorlage: XVI-356/2008
7. Projekt Aus- und Aufbau eines Frühwarnsystems im Jugendamt des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-361/2008
8. 2. Bericht über die Arbeit des Familien- und Kinderservicebüros - Stand 31.03.2008
Vorlage: XVI-369/2008
9. Wahl der Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2009 - 2013
Vorlage: XVI-347/2008
10. Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für die Einrichtung einer 3. Kindergartengruppe in der Kindertagesstätte "Sternschnuppe", Rübenkamp 11 in Cremlingen
Vorlage: XVI-358/2008
11. Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für neue Krippenplätze in der Kindertagesstätte Börßum
Vorlage: XVI-359/2008
12. Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für neue Krippenplätze in der Kindertagesstätte Dorstadt
Vorlage: XVI-365/2008
13. Zwei Patenschaften für Tschernobyl-geschädigte Kinder aus Belarus
Hier: Erholungsmaßnahme im Freizeit- und Bildungszentrum Asse
Vorlage: XVI-346/2008
14. I. Bericht zur Haushaltsumsetzung 2008 mit Stand 31.03.2008/ Jugendhilfeausschuss
Vorlage: XVI-360/2008
15. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, KAbg.Oberländer, eröffnet um 16:30 Uhr die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des XVI. gewählten Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.04.2008

Der Ausschussvorsitzende stellt die Niederschrift der 9. Sitzung vom 07.04.2008 zur Aussprache. Wortmeldungen gibt es keine.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig mit zwei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss genehmigt die Niederschrift zur 9. Sitzung am 07.04.2008, die allen Kreistagsmitgliedern und den übrigen Mitgliedern übersandt worden ist.

TOP 4 Anfragen

TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)

Anfragen gibt es keine.

TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)

Anfragen gibt es keine.

TOP 5 Hauptamtliche Jugendpfleger in der Samtgemeinde Asse

Bericht der Samtgemeindebürgermeisterin Frau Bollmeier

Frau Samtgemeindebürgermeisterin Bollmeier berichtet zur Situation der von hauptamtlicher Jugendpflege betreuten Jugendlichen in der Samtgemeinde Asse. Einzelheiten können dem Konzept der Jugendarbeit (*Anlage 1* zu dieser Niederschrift) entnommen werden.

Frau Bollmeier führt weiter aus, dass es aus ihrer Sicht für eine zielgerichtete und erfolgreiche Jugendarbeit unerlässlich sei, einen hauptamtlichen Jugendpfleger zu beschäftigen.

KAbg. Oberländer unterstreicht diese Ausführungen und weist darauf hin, dass der Erfolg der Jugendarbeit auch sehr von den Personen abhängig sei, welche die Tätigkeit hauptamtlich ausführen. So müssten die Jugendpfleger den Zugang zu den Jugendlichen finden, was nicht immer ganz einfach sei. Die Samtgemeinde Asse habe bei der Auswahl des Jugendpflegers aber den Ausführungen zufolge eine glückliche Hand gehabt. Er stellt den Bericht zur weiteren Aussprache.

Herr Ziebarth ergänzt dahingehend, dass es Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen gebe. Gerade in den beiden Arbeitskreisen Pro Juleica und offene Jugendarbeit beteiligten sich die hauptamtlichen Jugendpfleger sehr intensiv und brächten ihr Wissen ein. Damit würden Strukturen geschaffen, die für die Jugendarbeit im gesamten Landkreis von tragender Bedeutung seien.

Frau Klinge fragt nach der Anzahl der hauptamtlichen Jugendpfleger im Bereich des Landkreises.

Herr Ziebarth erläutert, dass zurzeit drei hauptamtliche Jugendpfleger in der Stadt Wolfenbüttel, eine Stelle in der Samtgemeinde Schöppenstedt, 1,5 Stellenanteile in der Samtgemeinde Asse und eine Stelle zu 30 Wochenstunden in der Samtgemeinde Baddeckenstedt vorhanden seien. Hinzu käme die Stelle des Kreisjugendpflegers. Die Gemeinde Cremlingen sowie die Samtgemeinden Oderwald, Sickinge und Schladen verfügten nicht über hauptamtliche Jugendpfleger.

Herr Benli fragt nach der Situation hinsichtlich rechtsextremistischer Aktivitäten im Bereich der Samtgemeinde Asse.

Weiter bittet er um Auskunft, in wie weit bei den Angeboten der Jugendarbeit die Belange der Jugendlichen mit Migrationshintergrund berücksichtigt würden.

Frau Bollmeier erklärt, dass im Bereich der Samtgemeinde Asse keine rechten Gruppierungen die speziell Jugendliche ansprechen bekannt seien. Im ländlichen Bereich seien es oft fehlende Angebote für Jugendliche, die es den rechtsextremistischen Kräften vereinfache, Zugang zu den Jugendlichen zu finden. In der Samtgemeinde Asse gäbe es jedoch ein umfassendes Angebot an Aktivitäten. Probleme mit rechten Gruppierungen gäbe es selten. Es handele sich dann jedoch um auswärtige Gruppierungen.

Die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sei relativ niedrig. Spezielle Angebote würden nicht vorgehalten.

KAbg. Grosser fragt nach, wie die Samtgemeinde den Zugang zu Jugendlichen auf der Straße (z.B. an der Bushaltestelle in Wittmar) herstelle und diese an die Angebote der Samtgemeinde herañführe.

Frau Bollmeier erklärt, dass dies die Aufgabe des hauptamtlichen Jugendpflegers und der ehrenamtlichen Jugendbetreuer sei.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

TOP 6 Aufsuchende Familienhilfe für junge Mütter und Familien durch den Einsatz von Familienhebammen. Vorlage: XVI-356/2008

Herr Herder gibt eine kurze Einleitung in die Projekte „Aufsuchende Familienhilfe für junge Mütter und Familien durch den Einsatz von Familienhebammen“ und „Aus- und Aufbau eines Frühwarnsystems im Jugendamt des Landkreises Wolfenbüttel“ (TOP 7). Diese beiden Projekte seien im Verbund zu sehen und sind damit Bestandteil eines Gesamtkonzeptes. Grundsatzziel sei ein ganzheitlicher Paradigmenwechsel zu einer präventiven Jugendhilfe, frühen Hilfen für Kinder, Netzwerkarbeit und Vermeidung von Kindeswohlgefährdung. Es sei notwendig, im Landkreis Wolfenbüttel ein Kinderschutznetzwerk zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdung auf- und auszubauen. Immer noch sei es problematisch für das Jugendamt, Zugang zu den Eltern zu bekommen. Häufig sei das Vorurteil einer „Kinderwegnehmbehörde“ Anlass dazu, präventive Hilfen des Jugendamtes nicht in Anspruch zu nehmen. Dadurch werde das Jugendamt oft erst sehr spät über Problemsituationen in den Familien und den daraus resultierenden Folgen unterrichtet. Dieses solle durch aktive Darstellung der aufsuchenden Erziehungsarbeit des Jugendamtes abgebaut werden. Eine sog. Kinderschutzfachkraft (§ 8a KJHG) sei zwischenzeitlich ausgebildet und wirksam tätig.

Im Rahmen des aufzubauenden Kinderschutznetzwerkes sollen alle am täglichen Umgang mit Kindern Beteiligten sensibilisiert werden, Kindeswohlgefährdung früh zu erkennen und den

rechtzeitigen Zugang in Problematische Familien zu ermöglichen. Am 07.05.2008 habe ein erstes Treffen des Netzwerkes stattgefunden.

Im Anschluss daran stellt Herr Hermann das Projekt, wie es sich aus der Vorlage XVI-356/2008 ergibt, vor.

Die Präsentation ist als *Anlage 2* dieser Niederschrift beigefügt.

KAbg. Oberländer stellt die Vorlage zur Aussprache.

KAbg. Brandes fragt nach, ob andere Träger in die Projektentwicklung eingebunden waren.

Frau Klooth erläutert, dass eine sinnvolle Anbindung nur im Jugendamt gesehen werde. Es seien bereits vier Träger in das Projekt involviert. Neben dem Landkreis gebe es eine Beteiligung der Nds. Stiftung „Eine Chance für Kinder“, des Städtischen Klinikums und den ausführenden Hebammen vor Ort. Problematisch sei es, freien Trägern eine 0,5 Sozialpädagogenstelle anzubieten, zumal sich darin möglicherweise Stellenanteile befänden, die in jedem Fall Aufgabe des Jugendamtes bleiben würden und noch herausgerechnet werden müssten. Die Leistung der Familienhebamme selbst werde als niedrigschwellige Jugendhilfemaßnahme im Sinne einer freiwilligen Leistung angeboten. Es sei wichtig, die Steuerungsfunktion zu den übrigen Jugendhilfemaßnahmen im Jugendamt zu belassen.

Im Vorfeld der Konzeptentwicklung sei der Kontakt zu dem Vorsitzenden der Kreisarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände hergestellt und die Bereitschaft zu Gesprächen signalisiert worden. Gespräche hätten dann jedoch nicht stattgefunden.

KAbg. Brücher fragt nach, ob die Leistung nur für die Eltern der im Städtischen Klinikum entbundenen Kinder angeboten werden würden.

Herr Herder erläutert, dass zunächst gedacht war, allen Eltern im Landkreis entbundener Kinder die Familienhebammen anzubieten. Problematisch sei die Einbindung der Hebammen, da diese die Befürchtungen gehabt hätten, in den betreffenden Fällen gehe es um künftige Jugendhilfefälle.

Herr Hermann ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass es keine Bevorzugung für die Eltern der im Städtischen Klinikum entbundenen Kinder gebe. Vielmehr erhoffe man sich eine weitergehende Sensibilisierung seitens des Klinikums für die Erkennung möglicher Problemfälle.

Herr Brücher regt an, die Eltern der im Landkreis entbundenen Kinder über das Angebot der Familienhebammen zu informieren. Dies könne möglicherweise im Rahmen des Projektes „Frühwarnsystem zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdung“ (s.a. Vorlage XVI-361/2008 zu TOP 7) geschehen.

KAbg. Siebert ergänzt, dass bereits im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen während der Schwangerschaft auf dieses Angebot hingewiesen werden könnte.

KAbg. Brandes fragt, wie die Eltern der Kinder im Bereich der Samtgemeinde Baddeckenstedt erreicht werden sollen. Diese Kinder würden zum überwiegendem Teil in Salzgitter oder Hildesheim geboren.

Herr Hermann erläutert, dass es um die Kinder gehe, die im Landkreis Wolfenbüttel leben würden. Der Geburtsort sei dabei nicht ausschlaggebend. Insoweit werde sichergestellt, dass auch diese Eltern und Kinder von dem Projektinhalten profitierten.

Herr Hagedorn begrüße das Projekt. Er könne der Argumentation, warum die Durchführung des Projektes nur im Jugendamt geleistet werden könne, zwar nachvollziehen. Jedoch sei die Argumentation sehr allgemein gehalten und treffe auf alle Projekte zu, so dass er der Ansiedlung des Projektes nur im Jugendamt nicht folgen könne.

Herr Sankowski begrüße das Projekt. Er bemängelt jedoch die fehlende rechtzeitige Einbindung in den Beratungsprozess. Aufgrund der relativ kurzen Vorlaufzeit sei es nicht mehr möglich gewesen, Absprachen zu treffen.

KAbg. Oberländer fragt nach, ob der Wunsch bestehe, noch in den Beratungsprozess einbezogen zu werden.

Herr Hagedorn erklärt, die angelaufene Projektplanung im Nachhinein nicht mehr stoppen zu wollen. Jedoch wünsche er sich künftig eine frühzeitigere Einbeziehung bei Jugendhilfeplanungen zwischen dem Jugendamt und den freien Trägern.

KAbg. Oberländer führt aus, dass es bisher immer vorrangige Vorgehensweise des Jugendhilfeausschusses gewesen sei, über das „ob“ eines Projektes zu entscheiden. Das „wie“ sei weitgehend der Verwaltung überlassen worden, ohne es jedoch zu vernachlässigen. In der Vergangenheit seien gute Erfahrungen mit der Einbindung der örtlichen Verbände gemacht worden. Hinsichtlich des landesweit in über 20 Kommunen zum Einsatz kommenden Beratungsgegenstands befänden sich auch einige Lösungen unter verbandlicher Koordination in Anwendung. Es sprächen daher gute Gründe dafür, den Verbänden Zeit zu geben, über eine Beteiligung durch ein konkretes Angebot nachzudenken. Er schlägt vor, die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.08.2008 zurückzustellen. Auch in Anbetracht der erst danach erfolgenden Haushaltsberatungen 2009 sei dies gerechtfertigt, ohne dass die Entscheidung über das Projekt gefährdet sei. Die Verwaltung solle beauftragt werden, die Verbände anzusprechen und die Ergebnisse durch eine Ergänzungsvorlage in die Beratung einzuführen.

Einwände gegen diesen Vorschlag ergeben sich nicht. Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss danach einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Eine Beschlussempfehlung zur Vorlagennummer XVI-356/2008 wird bis zur nächsten Jugendhilfeausschusssitzung am 25.08.2008 zurückgestellt.

TOP 7 Projekt Aus- und Aufbau eines Frühwarnsystems im Jugendamt des Landkreises Wolfenbüttel Vorlage: XVI-361/2008

Herr Alpert erläutert die Vorlage. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als *Anlage 3* beigelegt.

KAbg. Oberländer stellt die Vorlage zur Aussprache.

KAbg. Brücher stehe dem Namen des Projektes kritisch gegenüber. Weiter halte er es für schwierig, Jugendhilfe mit Kosten gegen zu rechnen. Dieses Projekt aber sei sicher eine gute Investition in die Zukunft.

Auch KAbg. Oberländer kann sich eine andere Bezeichnung für diesen zukunftsweisenden Baustein einer Gesamtstrategie im Landkreis Wolfenbüttel vorstellen. Der Inhalt des Konzepts und auch der Vorschlag zur Umsetzung sei sehr gelungen. Wer in Reaktion auf die in der vergangenen Zeit bekannt gewordenen drastischen Fälle von Kindesmisshandlungen handeln wolle, sei aufgerufen, die Grundvoraussetzungen für wirkungsvolles soziales Handeln im Kinderschutz neu zu ordnen und auch zusätzliche Ressourcen bereitzustellen. Er dankte den am Zustandekommen der Vorlage Beteiligten für ihren allseits überzeugenden Vorschlag.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt vorangegangenes Projektkonzept zur Kenntnis und empfiehlt die Umsetzung.

Die Verwaltung wird gebeten, entsprechende Personal- und Sachmittelressourcen in die Haushaltsberatungen für den Projektzeitraum von drei Jahren (2009 – 2011) einzubringen.

TOP 8 2. Bericht über die Arbeit des Familien- und Kinderservicebüros - Stand 31.03.2008 Vorlage: XVI-369/2008

Frau Weitzen erläutert kurz die Vorlage.

KAbg. Oberländer stellt die Vorlage zur Aussprache.

Herr Brücher fragt nach den Finanzzahlen. Unter den Einnahmen seien 209.000,-€ veranschlagt worden, es seien aber lediglich 101.402,- € eingenommen worden.

Frau Weitzen erklärt, es seien noch nicht alle Projekte abgerechnet und daher auch noch nicht alle Fördermittel abgerufen worden.

KAbg. Brandes fragt nach den Elternbeiträgen für das Teilprojekt Stundenweise Betreuung in der Evangelischen Familienbildungsstätte.

Frau Klinge teilt mit, dass je Stunde ein Elternbeitrag in Höhe von 3,- € gefordert werde. Dieses Projekt werde aber im neuen Projektzeitraum ab dem 01.04.2008 nicht mehr aus dem Landesprogramm gefördert.

KAbg. Oberländer dankt der Verwaltung für die der Vorlage beigefügten Anlage 2. Hierdurch erschlosse sich für die weiteren Kreistagsmitglieder die Bandbreite der im Familien- und Kinderservicebüro (FKSB) wahrgenommenen Aufgabenschwerpunkte mit den geförderten Angeboten. Zudem werde der Mitteleinsatz nachvollziehbar. Er wünschte dem Servicebüro weiterhin einen hohen Wirkungsgrad.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den 2. Bericht über die Arbeit des Familien- und Kinderservicebüros (FKSB) - Stand 31.03.2008 - zur Kenntnis.

**TOP 9 Wahl der Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2009 - 2013
Vorlage: XVI-347/2008**

KAbg. Oberländer schlägt vor, die Listen insgesamt zu beschließen, sofern keine Bedenken gegen einzelne Vorschläge vorhanden sein sollten.

Einwände dagegen bestehen nicht.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Für die Wahl der Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2009 und 2013 schlägt der Jugendhilfeausschuss einstimmig

dem Amtsgericht

für das Jugendschöffengericht Wolfenbüttel und die Jugendkammer beim Landgericht Braunschweig die in Anlage 1 der Vorlage XVI-347/2008 aufgeführten Personen

und dem Amtsgericht Salzgitter

für das Jugendschöffengericht Salzgitter und die Jugendkammer beim Landgericht Braunschweig die in Anlage 2 der Vorlage XVI-347/2008 aufgeführten Personen

als Jugendschöffen und Jugendschöffinnen zur Wahl vor.

**TOP 10 Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für die Einrichtung einer 3. Kindergartengruppe in der Kindertagesstätte "Sternschnuppe", Rübenkamp 11 in Cremlingen
Vorlage: XVI-358/2008**

KAbg. Oberländer stellt die Vorlage zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinde Cremlingen wird für die Einrichtung einer 3. Krippengruppe mit 15 Plätzen in der Kindertagesstätte „Sternschnuppe“ in Cremlingen ein Kreiszuschuss in Höhe von 17.683,03 € gewährt.

**TOP 11 Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für neue Krippenplätze in der Kindertagesstätte Börßum
Vorlage: XVI-359/2008**

KAbg. Oberländer stellt die Vorlage zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinde Börßum wird für die Schaffung von 15 neuen Krippenplätzen in der Kindertagesstätte Börßum ein Kreiszuschuss in Höhe von 1.760,42 € gewährt.

**TOP 12 Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für neue Krippenplätze in der Kindertagesstätte Dorstadt
Vorlage: XVI-365/2008**

Kabg. Oberländer stellt die Vorlage zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Dem Zweckverband Kindergarten Oderwald wird für die Schaffung von 9 neuen Krippenplätzen in der Kindertagesstätte Dorstadt ein Kreiszuschuss in Höhe von 1.569,78 € gewährt.

**TOP 13 Zwei Patenschaften für Tschernobyl-geschädigte Kinder aus Belarus
Hier: Erholungsmaßnahme im Freizeit- und Bildungszentrum Asse
Vorlage: XVI-346/2008**

KAbg. Oberländer stellt die Vorlage zur Aussprache. Diese wird nicht gewünscht.

Er hebt hervor, dass der anstehende Beschluss für den Jugendhilfeausschuss „gute Tradition“ sei. Den Veranstalter sei für ihre selbstlose Arbeit sehr zu danken. Er weist auf die der Vorlage beigefügte Einladung zu einer vorgesehenen Informationsveranstaltung am 24.06.08 hin, die sich an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses richte und regt eine Teilnahme von Interessierten an.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Tschernobyl-Initiative in der Propstei Schöppenstedt wird für die Erholungsmaßnahme für Tschernobyl-geschädigte Kinder ein Betrag für zwei Patenschaften aus Mitteln für internationale Jugendbegegnungen von je 900,- €, somit 1.800,-€, gewährt.

**TOP 14 I. Bericht zur Haushaltsumsetzung 2008 mit Stand 31.03.2008/
Jugendhilfeausschuss
Vorlage: XVI-360/2008**

Herr Herder erläutert kurz die Vorlage. Er unterstreicht, dass Einnahmen und Ausgaben des Jugendhilfebudgets nahezu linear zu den Planungen verlaufen und daher wesentliche Abweichungen nicht erkennbar seien.

Frau Klooth ergänzt dahingehend, dass die neue Form der Berichtserstattung für alle Ämter gültig ist. Der entscheidende Vorteil des neuen Designs läge liege in der Übersichtlichkeit, da hier bereits die Schwankungen der Einnahme- und Ausgabeverläufe Berücksichtigung fänden und somit sich wiederholende Erläuterungen weitgehend unnötig würden.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt vom I. Bericht zur Haushaltsumsetzung 2008 mit Stand 31.03.2008 Kenntnis.

TOP 15 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Herr Herder stellt kurz die Situation hinsichtlich des Projektes PACE dar. Problematisch sei, dass die ARGE ihren Anteil von 37,4% der Finanzierung nicht sicherstellen könne. Grund dafür seien Änderungen in der Projektförderung des Landes und für die Vergabe der sogenannten sonstigen weiteren Leistungen. Die Mittelvergabe sei dadurch für die ARGE eingeschränkt worden. Gegenwärtig seien 164 Jugendliche mit einem Gesamtvolumen von € 374.000 im Programm. Es sei bekannt, dass dem Ausschuss der Fortbestand des Projekts wichtig sei. Daher werde geprüft, ob weitere Haushaltsmittel des Kreises eingesetzt werden müssen.

Hinweis der Verwaltung: mit Stand 03.06.2008 wurde seitens der ARGE mitgeteilt, dass für das Haushaltsjahr 2008 die Mittel wie geplant abgerufen werden können.

Herr Herder berichtet kurz über das Projekt „Zweite Chance“. Am 29.05.2008 seien die Richtlinien des Landes zu diesem Projekt eingegangen und umgehend an die freien Träger weitergegeben worden. Antragsabgabeschluss sei der 29.06.2008. Interessenten für die Beteiligung seien die Kompetenzagentur des DRK und das Elisabethstift. Bei diesem Projekt gehe es sich um das Thema Schulverweigerung. Es werde zurzeit noch geprüft, inwieweit eine Umsetzung des Projektes im Bereich des Landkreises sinnvoll erscheine und Bedarf bestünde, zumal eine Gegenfinanzierung in Höhe von € 55.000 für den Landkreis notwendig würde.

Weiter berichtet Herr Herder über den Bürgerpreis 2008. Es habe nur einen Vorschlag dazu gegeben. Der Grund dafür könnte auch darin liegen, dass die Braunschweiger Zeitung zeitgleich die Ehrenamtspreisverleihung durchführte und es zu Irritationen gekommen sein könnte. Die Jurymitglieder hätten sich dafür ausgesprochen, das Projekt „Lesemäuse“ auszuzeichnen.

Hinweis der Verwaltung: das Projekt „Lesemäuse“ richtet sich an Kinder und Familien, die aus beruflichen, sprachlichen oder sozialen Gründen erschwerte Bedingungen beim Lesenlernen haben. Durchgeführt wird dieses Projekt von der Freiwilligen-Agentur Wolfenbüttel.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Teilnahme und Mitarbeit an dieser Sitzung und schließt diese um 18:24 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in